

Deutliches Ja zum Planungskredit

Die Engelberger Talgemeinde genehmigt 1,7 Millionen Franken zur Planung eines Neubaus des Schwimmbads Sonnenberg. Auch einen Pilotversuch in der Jugendarbeit hat die Versammlung angenommen.

Martin Uebelhart

Mit deutlicher Mehrheit genehmigte die Engelberger Talgemeinde am Dienstagabend einen Planungskredit von 1,7 Millionen Franken für den rund 25 Millionen Franken teuren Neubau des Schwimmbads Sonnenberg. Zuvor stellten der Gemeinderat und die Architekten des Siegerprojekts aus dem durchgeführten Wettbewerb die Pläne vor. Aus der Versammlung gab es Lob für das Projekt und dafür, dass die Gemeinde jetzt endlich vorwärts mache.

Nationalrätin Monika Rüegger stellte die Frage in den Raum, für wen man das Bad eigentlich baue. Sie vermisste eine deutliche Attraktivitätssteigerung für das Schwimmbad. «Wir bauen einen Sprungturm im Aussenbereich, den man vielleicht zwei Monate im Jahr nutzen kann», sagte sie. Der Turm würde besser im Hallenbad gebaut. Zudem übte sie Kritik an den fehlenden Parkplätzen. Kaum eine Familie mit Kindern gehe die 900 Meter von den Parkmöglichkeiten beim Sporting Park zum Schwimmbad zu Fuss. Ein Fragezeichen setzte sie auch hinter das Vorgehen des Gemeinderats. Sie wolle vor einer Abstimmung erst das Gesamtpaket mit den ganzen Kosten kennen und stellte einen Rückweisungsantrag. Das Projekt solle überarbeitet werden.

Erlebnisbad mit Magnetwirkung

Statthalter Seppi Hainbuchner stellte in Abrede, dass das Bad keine Attraktivitätssteigerung erfahre. Bereits bei der Abstimmung über den Kredit für den Projektwettbewerb seien auch die ungefähren Baukosten erwähnt worden. Dass diese mittlerweile höher lägen, sei der Verteuerung der Rohstoffe geschuldet. Talamann Alex Höchli ergänzte, dass der Planungskre-



Blick ins Hallenbad, wie es das Siegerprojekt vorsieht.

Visualisierung: PD

dit auch dazu diene, die Baukosten genauer eruieren zu können. Gerold Hurschler plädierte dafür, ein Erlebnisbad zu machen, das eine Magnetwirkung ausübe. Tourismusdirektor Andres Lietzha relativierte, dass die Touristen nicht nach Engelberg kämen, um Badeferien zu machen, sondern Bergferien.

Einen Rückweisungsantrag stellte Monika Rüegger ebenfalls zum Pilotversuch für die Jugendarbeit. Die Gemeinde will in den kommenden fünf Jahren je 50 000 Franken pro Jahr dafür aufwenden. Die Stelle soll als Anlaufstelle für die Jugendlichen dienen, Projekte mit Vereinen koordinieren, die Bevölkerung informieren und sich mit ver-

schiedenen Akteuren vernetzen. Nach vier Jahren solle eine Evaluation den Nutzen der Jugendarbeit aufzeigen, sagte der zuständige Gemeinderat Martin Zumbühl. Die befragten Jugendlichen hätten gesagt, sie fühlten sich wohl in Engelberg, sagte Rüegger. Sie bräuchten niemanden, der sie in der Freizeit begleite, sie könnten diese selbst organisieren. Es bestehe kein Handlungsbedarf für diese Stelle. Die überwiegende Mehrheit der 290 anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sah dies anders und bewilligte die befristete Einführung der Jugendarbeit.

Die Talgemeinde hatte zuvor Ja gesagt zum Engelberger Budget für das kommende

Jahr. Es sieht in der Erfolgsrechnung bei Ausgaben von rund 32,6 Millionen Franken und Einnahmen von rund 33,4 Millionen einen Gewinn von knapp 775 000 Franken vor. Statthalter und Finanzchef Seppi Hainbuchner hielt fest, dass die Steuereinnahmen für das laufende Jahr höher ausfallen werden als budgetiert.

Das Budget der Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von rund 7,2 Millionen vor. Grössere Projekte seien der Planungskredit für das neue Schwimmbad, diverse Strassenprojekte, ein Snowfarming Projekt oder die Weiterführung des Hochwasserschutzprojekts. Die Talleute genehmigten auch das

Budget des Sporting Parks. Hier gelte es vor allem, ein Auge auf die Energiekosten zu haben, so Hainbuchner. Ja sagten die Engelbergerinnen und Engelberger auch zu einem Steuerrabatt von 0,2 Einheiten fürs kommende Jahr.

Der Gemeinderat beantragte der Talgemeinde weiter eine Änderung der Gemeindeordnung zur Erhöhung seiner Finanzkompetenzen. Einmalig kann er für Ausgaben 200 000 Franken (bisher 100 000) und für wiederkehrende Ausgaben 50 000 Franken (bisher 30 000) beschliessen. Ein Antrag, bei den bisherigen Beträgen zu bleiben, scheiterte deutlich.

Kein Live-Sonar auf dem Sarnersee

Fischerei In den letzten Jahren hat die Fischerei mit einer neuen Generation von Echolotgeräten, der sogenannten Live-Sonar Technologie, an Beliebtheit gewonnen. Diese Technologie wird laut einer Mitteilung des Kantons Obwalden von Booten aus eingesetzt und ermöglicht hochaufgelöste Echolotbilder in Echtzeit von Fischen und Ködern. Damit können gezielt grosse Fische geködert und gefangen werden. Grosse Fische sind jedoch nach heutigem Kenntnisstand populationsrelevant und ihre gezielte Befischung kann einen Fischbestand beeinträchtigen. Die Weiterverbreitung der Live-Sonar Technologie ist deshalb aus Sicht der Fischökologie problematisch.

Aus diesem Grund wurde der Einsatz der Live-Sonar Technologie auf dem Sarnersee auf Antrag der kantonalen Fischereikommission verboten. Für den Lungersee, wo überwiegend die eingesetzten Regenbogenforellen befishet werden, sowie für den Wichelsee, auf dem keine Boote zugelassen sind, stand ein Verbot nicht zur Diskussion. Für den Alpnachersee gelten die Bestimmungen des Fischereikonkordats Vierwaldstättersee, für welchen die zuständige Fischereikommission vor einigen Wochen ein Positionspapier gegen die Weiterverbreitung der Live-Sonar Technologie publiziert hat.

Neben dem Verbot der Live-Sonar Technologie auf dem Sarnersee werden die Bestimmungen über die Nachtfischerei angepasst. Zwischen dem 1. März und dem 31. Oktober darf von 22 bis 04 Uhr, vom 1. November bis Ende Februar von 20 bis 6 Uhr grundsätzlich nicht gefischt werden. Die bisher geltende Ausnahme für die Nachtfischerei auf Trübschen wird aufgehoben. Stattdessen darf künftig am Sarnersee von öffentlich zugänglichen Ufern aus zwischen 1. März und 31. Oktober länger gefischt werden, nämlich von 4 bis 24 Uhr. Die neuen Ausführungsbestimmungen treten am 1. Januar 2023 in Kraft. (pd/mu)

Nidwaldner Landrat soll für mehr Sicherheit sorgen

Eine IG kämpft für Massnahmen, um die Querung der Kantonsstrasse am Dorfausgang Oberdorf sicherer zu machen.

Philipp Unterschütz

Wenn der Landrat am kommenden Mittwoch über das Projekt des Fuss- und Velowegs Oberdorf-Büren entscheidet, wird ein Thema zu reden geben: Die Querungsstelle Hostettli/Wisstürli beim Ortsausgang Oberdorf (Wil), die als kritisch gilt.

Mit einer Petition mit 1154 Unterschriften hatte der VCS Sektion Ob- und Nidwalden bereits 2021 die «Realisierung einer sicheren Fussgängerquerung» der Kantonsstrasse gefordert, das heisst eine leichte Verschwenkung der Fahrbahn und eine Fussgängerinsel, sowie in einer zweiten Phase eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h und das Anbringen eines Fussgängerstreifens. Auf dieser Strecke würden wegen

der Querungen immer wieder «haarsträubende Situationen» beobachtet und es gebe «seit Jahrzehnten» Unfälle. Der VCS hat neben der Petition gemeinsam mit Pro Velo Unterwalden auch eine analoge Einwendung beim Kanton eingereicht.

Regierung will teilweise auf Einwendung eingehen

Die Regierung räumt in ihrem Bericht und Antrag zu Händen des Landrats ein, dass diese Stelle seit Jahren ein kritischer Querungspunkt sei, welcher im Zuge des neuen Fuss- und Velowegs optimiert werden solle. Sie will auf die Einwendung des VCS teilweise eingehen, «damit Bedürfnisse der Zufussgehenden (Verkehrssicherheit, Wunschlinie) primär erfüllt werden». Die Regierung hat deshalb die Idee

einer «merkbar verschwenkung der Fahrbahn» ins Projekt aufgenommen.

Im Bericht der Regierung heisst es weiter, die bauliche Ausgestaltung solle so erfolgen, dass eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h erfolgen könne. «Die Festlegung einer reduzierten Höchstgeschwindigkeit kann indessen nicht im Rahmen des generellen Projekts erfolgen.» Eine entsprechende Signalisierung bedinge an dieser Stelle bauliche Massnahmen, mit denen die angestrebte Höchstgeschwindigkeit absehbar erreicht werde. «Aufgrund dieser Massnahmen kann ein Verkehrsgutachten die Zweckmässigkeit einer reduzierten Höchstgeschwindigkeit nachweisen. Die anschliessende Festlegung erfolgt durch die Jus-

tiz- und Sicherheitsdirektion.» Im Rahmen dieses Prozesses solle dann auch über die Markierung eines Fussgängerstreifens entschieden werden.

Kommission hält nichts von Temporeduktion

Damit ist aber die vorberatende Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL) nicht einverstanden. Die Frequenzen seien gering, die Übersicht zum Queren gut und markierte Querungen – insbesondere für Schulkinder – seien in geringer Distanz vorhanden. Hinsichtlich einer möglichen Temporeduktion vertrat die Mehrheit der BUL die Ansicht, dass auf der Erschliessungsstrasse für das ganze Engelbergertal der Verkehr schnell und flüssig fließen soll. Die BUL beantragt

dem Landrat deshalb, auf die Verschwenkung zu verzichten und die Einwendung vom VCS abzulehnen.

Weil die Landratsunterlagen öffentlich sind, blieb dieser Antrag dem VCS natürlich nicht verborgen. Gestern verschickte die Sektion Ob- und Nidwalden gemeinsam mit Pro Velo Unterwalden im Namen der «IG Sichere Querungsstelle Hostettli/Wisstürli» eine Medienmitteilung, um sich nochmals für ihre Argumente starkzumachen. Das einzig vorstellbare Argument gegen die Verschwenkung der Strasse sind laut der Mitteilung «3,5 Sekunden Fahrzeiterparnis (230 m von Ausgang Oberdorf bis Hostettli/Wisstürli mit 80 km/h anstelle 60 km/h). Dies würde allerdings auf Kosten der Verkehrssicherheit erfolgen

und gegen die Bestimmungen des kantonalen Richtplans verstossen». Diese behördenverbindliche Planungsgrundlage sehe nämlich vor, dass die Attraktivität der Linienführungen von Wanderwegen nicht vermindert werden dürfe und dass bei Fusswegen die Sicherheit von Fussgängerquerungen zu überprüfen und bei Bedarf zu verbessern sei, schreibt der VCS.

Im Begleitschreiben zur Medienmitteilung kündigen die «IG Sichere Querungsstelle Hostettli/Wisstürli», der VCS Sektion Ob- und Nidwalden sowie Pro Velo Unterwalden an, dass sich die Petitionäre am kommenden Mittwoch vor der Landratssitzung um 8 Uhr vor dem Rathaus treffen und sie die Landrätinnen und Landräte mit einer «Aktion» begrüssen wollen.